



Antrag

der Fraktion der SPD

Erhalt, Ausbau und Unterstützung von freigemeinnützigen und kommunalen Krankenhäusern und medizinischen Versorgungszentren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass sich die vielfältige Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein während der Corona-Pandemie bewährt hat und jedes Krankenhaus wichtig für die Versorgungssicherheit ist. Krankenhausschließungen sind daher zu verhindern.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, mit einem Bund-Länder-Pakt die nötigen Reformen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auf den Weg zu bringen und Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung zu erarbeiten, die das bisherige System um ein nach Versorgungsstufen differenziertes System erlösunabhängiger Vorhaltepauschalen ergänzt. Zudem soll kurzfristig für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für die Kinder- und Jugendmedizin, Notfallversorgung und Geburtshilfe gesorgt werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Landeskrankenhausplanung nach den Erfahrungen der Coronapandemie zukunftsfähig zu überarbeiten und dem Landtag dafür ein Konzept vorlegen. Die Landesregierung soll dabei alles unternehmen, eine flächendeckende, stationäre Versorgung sicherzustellen und insbesondere kommunale sowie frei gemeinnützige Krankenhäuser zu erhalten und zu sichern. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle. Zudem sollen Kommunen, bei denen eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern kommunal gewünscht wird, eine besondere finanzielle Unterstützung durch das Land erhalten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung ferner auf, die Finanzierung von Investitionen in Bauten und Ausrüstung der Krankenhäuser durch öffentliche Mittel zu sichern und sich konstruktiv bei der Weiterentwicklung der

Krankenhausfinanzierung auf Bundesebene einzusetzen, so dass die Grundkosten der Krankenhäuser angemessen finanziert werden. Außerdem sollen Kommunen bei der Einrichtung integrierter medizinischer Versorgungszentren stärker unterstützt werden.

Bernd Heinemann
und Fraktion